



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 22.06.2017

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 29. Juni 2017, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. **16-S-00-0012**  
Einführung und Verpflichtung einer ehrenamtlichen Beigeordneten  
- Nachrücken in den Magistrat -
2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2017
3. Mitteilungen
4. **16-F-99-0001**  
Fragestunde

## 5. 17-F-48-0001

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP,  
LKR/ULW und FW/BLW vom 16.06.2017 -

Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Schwarzarbeit und illegale Leiharbeit entsteht ist enorm. Dazu gehört der Entzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern, sowie das Unterlaufen eines fairen Wettbewerbes. Insbesondere diejenigen Unternehmen, die sich an die geltenden Regeln und Gesetze halten, erleiden durch Schwarzarbeit erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Wie jüngst in der Presse berichtet, war auch die Stadt Wiesbaden als öffentlicher Auftraggeber davon betroffen. Es wäre vermessen zu glauben, dass dies nicht wieder vorkommen könnte. Daher ist die Stadt Wiesbaden in der Pflicht, aktiver als bisher gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im eigenen Wirkungsbereich vorzugehen.

Es ist keine Seltenheit, dass der Zoll Baustellen kontrolliert, den Bauherren aber nicht über die Erkenntnisse informiert, auf der anderen Seite dem Zoll aber auch viele Baustellen nicht bekannt sind. Die Prüfung im Vergabeverfahren erfolgt oftmals in Form von Unbedenklichkeitsbescheinigungen der sog. Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß § 6 Abs. 5 VOL/A, deren Überprüfung aber aufgrund des Datenschutzes nicht möglich ist oder aufgrund fehlender Ressourcen bei den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht immer ausführlich genug geprüft werden können.

Die Stadt Köln hat in den letzten Jahren für Aufmerksamkeit gesorgt, indem sie das zentrale Vergabeamt der Stadt so gestärkt hat, dass eine effiziente Überprüfung der Arbeitsbedingungen auf öffentlichen Baustellen gewährleistet werden kann, die nicht nur von der Kölner IHK begrüßt wird, sondern auch Aufkommensneutral, vergleichbar mit der Verkehrsüberwachung, betrieben wird.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu entwickeln. Diese Maßnahmen sollen der Stadt Wiesbaden ermöglichen, durch veränderte Vertragsbedingungen härter gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorgehen zu können und diese Maßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zu Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei soll berücksichtigt werden, dass:

1. Nachunternehmer („Subunternehmer“) nur mit Erlaubnis durch den öffentlichen Auftraggeber zugelassen werden.
2. die Führung von jederzeit einsehbaren Anwesenheitslisten auf Baustellen, sowie den öffentlichen Auftragsorten (Schulen, Kantinen, Behörden etc.) zur Pflicht werden und die stichprobenartige Überprüfung dieser Listen durch die Stadt ermöglicht wird.
3. Sanktionen bei Verstößen vertraglich geregelt werden müssen, um den fairen Wettbewerb der Unternehmen zu stärken.
4. eine intensivere Prüfung der Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Unternehmen in den Vergabeverfahren möglich wird und keine Zulassung von Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit gemäß § 6 Abs. 5 VOL/A bei dieser Prüfung mehr notwendig ist.
5. eine engere Abstimmung zwischen Stadt und dem Zoll ermöglicht wird, so dass Baustellen gemeldet werden können und Erkenntnisse des Zolls bei der Stadt als Bauherrin ankommen.

6. auch die relevanten städtischen Gesellschaften einbezogen werden.
7. ein regelhafter Austausch der relevanten Erkenntnisse mit der Handwerkskammer und der IHK erfolgt.
8. geprüft wird, inwieweit eine Stabsstelle zur Kontrolle der Einhaltung der mit der Stadt geschlossenen Verträge durch die Verhängung von Sanktionen nach Punkt 3 sich nach dem Beispiel der Stadt Köln selbst finanzieren würde. (Dort werden nach zwei Verwarnungen Vertragsstrafen von 3 Prozent des Auftragswertes bei nicht erlaubtem Subunternehmereinsatz fällig, bei fehlende Anwesenheitslisten bis zu 5000 Euro und bei Verstößen gegen Sozialversicherungsbestimmungen ohne Verwarnung bis zu 5 Prozent des Auftragswertes.)
9. bei der Erstellung des Konzeptes die Handwerkskammer, die IHK und der DGB eingebunden werden um Maßnahmen vorzuschlagen, die sowohl effizient sind als auch von den ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmern nicht als Gängelung verstanden werden.

## 6. 17-F-02-0026

Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2017 -

Die Kooperationspartner unternehmen derzeit gemeinsam mit den zuständigen Landes- und Bundesbehörden erhebliche Anstrengungen, um die Sicherheitsarchitektur in der Landeshauptstadt Wiesbaden an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Hierzu zählt neben der personellen und technischen Verstärkung der Stadtpolizei auch der Ausbau der Videoüberwachung, der Schutz zentraler Bereiche vor illegalem Befahren sowie der verbesserte Schutz öffentlicher Veranstaltungen. Mit dem vorliegenden Antrag soll zum einen die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum bzw. öffentlich zugänglichen Bereichen vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen erhöht werden. Zum anderen soll die „Alltagssicherheit“ durch Schwerpunktbildung im Rahmen der Gefahrenabwehr verbessert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ergänzend zum Beschluss Nr. 0040 des Haupt- und Finanzausschusses vom 08. Februar 2017 in Zusammenarbeit mit der Landespolizei die vorhandene Beleuchtung öffentlicher Plätze aus polizeifachlicher Sicht zu überprüfen und im Bedarfsfall ein Konzept zur Verbesserung der nächtlichen Beleuchtung und somit zur Steigerung des Sicherheitsgefühls vorzulegen.
2. die städtischen Spielplätze im Rahmen der Gefahrenabwehr auch in den Abend- und Nachtstunden dauerhaft verstärkt zu bestreifen.
3. die Schulhofkontrollen in den Abend- und Nachtstunden zu erhöhen.

## 7. 17-F-21-0070

Parkraummanagementkonzept  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2017 -

Eine abgestufte flächendeckende Parkraumbewirtschaftung unter Einbeziehung der öffentlichen Parkhäuser kann vor allem im Innenstadtbereich gemeinsam mit einer (ESWE-)Mobilitätskarte Synergien schaffen und so dem hohen Parkdruck entgegenwirken und zur ÖPNV-Finanzierung beitragen. Zur Lösung des Problems soll auch die Überwachung optimiert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept für eine abgestufte flächendeckende Parkraumbewirtschaftung vor allem in Innenstadtbereichen zu erstellen. Dabei sollen folgende Elemente berücksichtigt werden:

- Einbeziehung der öffentlichen Parkhäuser
- Schaffung von Synergien mit einer ESWE-Mobilitätskarte, auch zur Verbesserung der ÖPNV-Finanzierung.
- Optimierung der Überwachung

**8. 17-V-61-0011**

**DL 19/17-8**

Regionalplan Südhessen - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zur 2. Offenlage

**9. 17-F-08-0041**

Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz  
- Antrag der Fraktion L&P vom 21.06.2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Hessische Landesregierung auf, eine Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes herbeizuführen, bei der die Pauschalen für die Kinderbetreuung vereinfacht und erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge abgeschafft und den Kommunen der Einnahmeausfall ersetzt werden. Ziel ist die vollständige Finanzierung der Kindertagesbetreuung durch das Land bis 2020. Das stärkere finanzielle Engagement durch das Land darf nicht zu einer Kürzung der kommunalen Anteile im Finanzausgleich führen.

**10. Verabschiedung von Bürgermeister Goßmann aus dem Amt**

**11. 17-A-59-0007**

Bericht des Ständigen Wahlvorbereitungsausschusses -Aussprache von Wahlempfehlungen  
Berichterstatter: Stadtv. Dr. Müller

**ANLAGE NÖ**

**12. 17-S-00-0004**

Wahl, Einführung und Verpflichtung zweier hauptamtlicher Beigeordneter (Stadträtin/Stadtrat)

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

## Tagesordnung II

1. **16-F-05-0027** DL 15/17-1  
Windkraft  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 -  
**ANLAGE**
  
2. **17-F-12-0001**  
Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxid-Belastung in der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der LKR & ULW-Stadtverordnetenfraktion vom 11.01.2017  
**ANLAGE**
  
3. **17-F-21-0052**  
Überarbeitung und Ausbau der Internetseite [www.wiesbaden-barrierefrei.de](http://www.wiesbaden-barrierefrei.de) und der App wiesbaden-barrierefrei  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 06.06.2017 -  
**ANLAGE**
  
4. **17-F-21-0053**  
Herstellung von Barrierefreiheit in der Konradinallee  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 06.06.2017 -  
**ANLAGE**
  
5. **17-F-21-0054**  
Einmaliger Zuschuss für Soziale Stadt-Projekte  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 06.06.2017 -  
**ANLAGE**
  
6. **17-F-21-0060**

Förderung regenerative Energien

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2017-

**ANLAGE**

**7. 17-F-21-0061**

Öffentlichkeitsarbeit Projekte Umweltbereich

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2017 -

**ANLAGE**

**8. 17-F-21-0066**

Sonderschutzmaßnahmen bei Veranstaltungen und Sonderlagen

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017-

**ANLAGE**

**9. 17-F-21-0067**

Einmaliger Zuschuss für das Projekt Hebammen werben

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017 -

**ANLAGE**

**10. 17-F-21-0072**

Personalsituation im Ordnungsamt (Bürgerbüro)

-Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Juni 2017-

**ANLAGE**

**11. 17-V-01-0016**

**DL 23/17-1, 21/17-1**

Projekt Ostfeld/Kalkofen; Beschluss nach § 165 Abs 4 BauGB - Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen

**12. 17-V-01-0019**

**DL 18/17-1**

Sanierung/ Neubau der Sporthalle Biebrich - Bürgerbeteiligungsverfahren

**13. 17-V-05-0002**

**DL 23/17-2, 22/17-1**

Emissionsfreier ÖPNV Wiesbaden

14. **17-V-10-0007** **DL 23/17-5, 20/17-2**  
Bürgerhaus Sonnenberg - Kaisersaal - Sanierungsarbeiten am Dach
15. **17-V-11-2002** **DL 20/17-3**  
Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung  
**ANLAGE**
16. **17-V-20-0011** **DL 19/17-1**  
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2016 - Information über die wesentlichen Ergebnisse
17. **17-V-20-0015** **DL 23/17-6, 20/17-1 NÖ**  
Umwandlung Feierabendheim Simeonhaus GmbH in die CityBahn GmbH oder Neugründung der CityBahn GmbH  
**ANLAGE**
18. **17-V-20-0017** **DL 19/17-2**  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
19. **17-V-20-0018** **DL 18/17-2**  
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
20. **17-V-31-0005** **DL 18/17-5**  
Anmietung von Büroflächen in der Bleichstraße 1
21. **17-V-40-0014** **DL 19/17-4**  
IM-Jahresabschluss 2016
22. **17-V-40-0022** **DL 23/17-9, 20/17-8**

Einführung des hessenweiten Schülertickets - Wegfall des Elternanteils für die Nutzung im Freizeit- und Ferienbereich ab dem Schuljahr 2017/2018

23. **17-V-41-0001** **DL 19/17-5**  
Burg Sonnenberg; Masterplan für die weitere Sanierung. Teil I: Maßnahmen im Bereich der Oberburg und der Gastronomie
24. **17-V-50-0005** **DL 23/17-10, 20/17-9**  
Produktivgang der eAkte (fav2wi) in den Bereichen Asyl, SGB II und SGB XII
25. **17-V-51-0017** **DL 23/17-12, 20/17-11**  
Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung Bezirkssozialarbeit, Schaffung von Trainer- und Springerstellen  
**ANLAGE**
26. **17-V-52-0008** **DL 19/17-6**  
Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen 2017, 1. Verteilung
27. **17-V-52-0009** **DL 19/17-7**  
Zuschüsse für langlebige Sportgeräte 2017/ 1
28. **17-V-52-0011** **DL 23/17-13, 20/17-13**  
Sporthalle Wilhelm-Leuschner-Schule, Erneuerung der Tribüne
29. **17-V-66-0205** **DL 19/17-9**  
Obergasse in Wiesbaden- Naurod - Neugestaltung
30. **17-V-66-0303** **DL 23/17-15, 20/17-15**  
Bericht über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2016 und die Entwicklung des Instandhaltungsbudgets 2017 für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Wege, Ingenieurbauwerke)
31. **17-V-80-8006** **DL 23/17-17, 20/17-17**  
Fortführung Lernwerkstatt Schuljahr 2017/2018 und Schuljahr 2018/2019



## Tagesordnung III

1. **17-V-07-0003** **DL 23/17-3, 20/17-1**  
Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
  
2. **17-V-30-0004** **DL 18/17-3**  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X (Wiesbaden-Naurod/Auringen)
  
3. **17-V-30-0005** **DL 18/17-4**  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)
  
4. **17-V-30-0007** **DL 23/17-7, 20/17-5**  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV (Wiesbaden-Dotzheim/ Frauenstein)
  
5. **17-V-30-0008** **DL 23/17-8, 20/17-6**  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)
  
6. **17-V-40-0008** **DL 18/17-6**  
Schulkommission - Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner
  
7. **17-V-61-0017** **DL 23/17-14, 20/17-14**  
Bebauungsplan "DG-Verlag 2. Erweiterung" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufstellungsbeschluss -
  
8. **17-V-86-0001** **DL 23/17-18, 20/17-18**  
Bestellung eines Mandatsvertreters des Personalrates für die Betriebskommission mattiaqua gemäß Eigenbetriebsgesetz

**Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:**

9. **17-V-52-0010** **DL 20/17-12**  
Sanierung/Austausch des Kunstrasenbelages auf der Bezirkssportanlage Kastel  
**ANLAGE**

### Tagesordnung IV

1. **17-V-20-0019** **DL 19/17-1 NÖ**  
Bürgschaften
2. **17-V-20-0021** **DL 19/17-2 NÖ**  
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht I/2017
3. **17-V-20-0023** **DL 19/17-3 NÖ**  
Genehmigung eines Kassenkredites
4. **17-V-20-0024** **DL 23/17-2 NÖ, 20/17-2 NÖ**  
Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2016
5. **17-V-31-0004** **DL 18/17-1 NÖ**  
Anmietung von Teilflächen in der Hochstättenstraße (Mauritiusgalerie) zur Verlagerung der Stadtpolizei in die Innenstadt
6. **17-V-36-0005** **DL 19/17-4 NÖ**  
Niederschrift über die nicht- öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.03.2017
7. **17-V-36-0007** **DL 19/17-5 NÖ**  
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 27.04.2017
8. **17-V-63-0002** **DL 19/17-6 NÖ**

Bauantrag - Sanierung Stadtschloss, Wiederherstellung von Büroflächen im 2.OG und im Dachgeschoss

**9. 17-V-80-2308 DL 20/17-16**

Abbruch eines abgängigen Musterhauses nach Grundstücksrückübertragung und Ankauf von arrondierenden Grundstücken in der Gemarkung Bierstadt

**ANLAGE**

**10. 17-V-80-2318 DL 18/17-2 NÖ**

Verzeichnis der vom 1. Januar 2017 bis 31. März 2017 genehmigten Grundstücksgeschäfte

**11. 17-V-80-2319 DL 19/17-7 NÖ**

Petzoldt-Stiftung: Kauf des Mehrfamilienhauses

**12. 17-V-80-2321 DL 23/17-4 NÖ, 20/17-3 NÖ**

Verkauf eines Grundstücks und Gewährung einer Kaufoption im Gewerbegebiet Petersweg-Ost

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin